

München

Koalitionsstreit um Stammstrecke

Die SPD will private Investoren an den Baukosten beteiligen, die Grünen lehnen die Idee im Finanzausschuss kategorisch ab

Von Dominik Hutter

Die SPD im Stadtrat ist mit ihrer Anregung gescheitert, bei der Finanzierung des zweiten S-Bahn-Tunnels private Investoren mit ins Boot zu nehmen. Die Grünen stimmten zusammen mit CSU, FDP, Linken und Freien Wählern gegen ihren Koalitionspartner - weil sie die Idee für untauglich halten. 'Das wäre eine verdeckte Verschuldung', erklärte Grünen-Fraktionsvize Florian Roth, 'der Freistaat hat aber das Geld.' Damit galt im Finanzausschuss das Prinzip: eine Koalition, zwei Meinungen. Gleiches ist im Plenum an diesem Mittwoch zu erwarten - beim Thema S8-Ausbau. Denn während sich die SPD bereits auf eine Tunnellösung festgelegt hat, wollen die Grünen auch kostengünstigere Varianten im Auge behalten.

Das vermeintliche Zauberwort für nicht finanzierbare Projekte lautet PPP, Public Private Partnership. Auch Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil (FDP) wird nicht müde, die Vorteile externer Investoren zu betonen. Die SPD wollte ihn nun beim Wort nehmen und den Freistaat ganz offiziell per Stadtratsbeschluss auffordern, dieses Finanzierungsinstrument auch für die zweite Stammstrecke zu erwägen. Hintergrund ist die Forderung des Freistaats, die Stadt München solle 350 Millionen Euro für die milliardenteure Röhre vorschießen. 'Absurd', wie SPD-Finanzsprecher Hans Dieter Kaplan findet - so lange nicht alle anderen Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft worden sind. Auch Stadtkämmerer Ernst Wolowicz hält es für sinnvoll, über eine solche Lösung zumindest einmal nachzudenken.

Die Grünen und auch die Opposition urteilten anders. Der Vorschlag der Sozialdemokraten sei 'Wahlkampf' (Linken-Stadträtin Brigitte Wolf), 'ein Placebo' (FDP-Mann Jörg Hoffmann), ein 'Schaufensterantrag' (Johann Altmann von den Freien Wählern) und ein 'Ablenkungsmanöver' (CSU-Finanzsprecher Vinzenz Zöttl). Hoffmann zeigt sich überzeugt, dass eine PPP-Lösung, bei der ein Privater Bau und Betrieb eines Verkehrsprojektes übernimmt, in einem eng verzahnten System wie dem MVV unmöglich ist - und war damit einer Meinung mit den Linken. 'Das ist aussichtslos', befand auch Wolf, der SPD-Antrag sei 'schwächlich'. Nach Einschätzung Altmanns kann auch eine Debatte über alternative Finanzierungsmodelle nicht mehr darüber hinwegtäuschen, dass die zweite Stammstrecke nicht finanzierbar ist. 'Beerdigen Sie endlich dieses Projekt', rief Altmann. Es sei Zeit, über realistische Alternativen nachzudenken.

CSU-Stadtrat Zöttl forderte die Stadt erneut auf, den Freistaat bei der Finanzierung der Röhre zu unterstützen. Zwar sei es unstrittig, dass die Stadt nicht für die S-Bahn verantwortlich sei. 'Wenn man aber etwas haben will, muss man manchmal mehr tun als nur die Pflicht'. Zöttl hält es für bedenklich, 'dass man in Kauf nimmt, dieses Projekt sehenden Auges auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben oder sterben zu lassen'. Der Finanzausschuss sprach sich dennoch mehrheitlich und zum wiederholten Male gegen eine Mitfinanzierung der Stadt aus.

Kämmerer Wolowicz geißelte das Ansinnen des Freistaats als 'dreisten Griff in die Stadtkasse'. Dabei habe Finanzminister Markus Söder (CSU) erst im Januar stolz verkündet, der Freistaat verfüge über eine mit drei Milliarden Euro prall gefüllte Kriegskasse.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Mittwoch, den 29. Februar 2012, Seite 36